

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/89

Bonn, den 12. Mai 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Sturm im Wasserglas

43

Die Unionsparteien und die "Deutschlandinitiative"

2 - 3

Hilfe für unsere Bauern

68

Niedersächsische Landesregierung fördert
landwirtschaftliche Betriebshelfer
Von Minister Alfred Kubel, Hannover

4

Tuberkulose muß weiter bekämpft werden

25

Mehr Vorbeugung notwendig

4

Würdigung eines großen Staatsmannes

20

Preis für beste Arbeit über Stresemann

5

Atomwissenschaftler am Werk

45

Der erste atomgetriebene Massengutfrachter in Bau

Sturm im Wasserglas

Die Unionsparteien und die "Deutschlandinitiative"

sp - Die CDU/CSU befindet sich in keiner beneidenswerten Lage. Ihr fehlt Selbstbewußtsein, das Bewußtsein der Stärke und inneren Geschlossenheit. War es dieser innere Zustand, der diese Partei bewog, mit dem Verlangen nach einer eigenen Initiative in der Deutschlandfrage die Flucht nach vorn anzutreten? Fast wäre daraus ein innenpolitischer Streit - allerdings mit verkehrten Fronten - entstanden. Jedenfalls hätte es B a r z e l, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU, darauf abgesehen; etwas weniger Getöse wäre angebracht gewesen. Denn was ist bei all dem künstlich entfachten Sturm im Wasserglas herausgekommen? Eine Erklärung der drei Westalliierten, die sich - das hat allerdings auch seinen Wert - in nichts von früheren Bekundungen zur Deutschlandfrage unterscheidet, aber keinerlei Hinweise für einen bevorstehenden Vorstoß enthält. Die NATO-Tagung in Den Haag bedrücken derzeit ganz andere Sorgen, als daß sie sich mit aller Kraft der Behandlung des Deutschlandproblems widmen könnte. Das atlantische Verteidigungsbündnis befindet sich in einer Zerreißprobe, sein innerer Zusammenhalt ist durch Frankreichs Sondertouren schon erschüttert; es wird vieler Mühen bedürfen, ein Mindestmaß von Aktionsfähigkeit wieder herzustellen.

An Warnungen, keine falschen Schritte zum falschen Zeitpunkt zu tun, hat es nicht gefehlt, doch die Sprecher der größten Regierungspartei schlugen sie in den Wind, nahmen sie nicht zur Kenntnis. Sie täuschten Zielstrebigkeit und Willensstärke vor, die in Wirklichkeit gar nicht bestanden. Die Unionsparteien sind in den großen Fragen der deutschen Außenpolitik in sich zerfallen, der Streit zwischen den "Gauillisten" und "Atlantikern" nimmt immer unverhülltere Formen an. Welch paradoxer Zustand: Die Bundesregierung wollte die Westalliierten in der Deutschlandfrage zu größerer Aktivität drängen; sie vertrat ein überholtes Konzept, von dem sie selbst wissen mußte, daß es keine Aussicht auf Verwirklichung hat. Zu neuen Ideen reichten Mut und Phantasie nicht aus. Wissen die Unionsparteien überhaupt, was sie wollen? Solange sie über sich selbst nicht im klaren sind, solange Bundeskanzler Erhard, der ja die Richtlinien der Politik bestimmt, seine Energien darauf verschwenden muß, so widerstrebende Partner wie Strauß und Schröder unter einen Fuß zu bringen, solange kann man von der Westalliierten wohl nicht verlangen, jene Klarheit zu erlangen, die ihnen das offizielle Bonn dank eigener Entschlußlosigkeit und Lähmung nicht zu geben vermag.

Dieser Zustand kann n i e m a n d e m Freude bereiten, am wenigsten der parlamentarischen Opposition. Sie betrachtet mit Sorge die innere Verfassung einer Regierung, in der einander entgegengesetzte Strömungen wirksam sind und das Räderwerk böser, z.T. sogar persönlicher Intrigen munter antreiben.

+ + +

Hilfe für unsere Bauern

Niedersächsische Landesregierung fördert
Landwirtschaftliche Betriebshelfer
Von Minister Alfred Kubel, Hannover

Mehr als bisher ist die bäuerliche Familie gezwungen, alle in ihrem Betrieb anfallenden Arbeiten ohne Fremdarbeitskräfte zu bewältigen. Die Entwicklung tendiert weiter zum Einmannbetrieb. Dadurch nimmt die Gefahr sozialer Härten zu. Wie schwer trifft es oft die Bauernfamilien, wenn der Vater krank wird oder einen Unfall erleidet und niemand im Hause ist, der seine Arbeit übernehmen könnte. Aber man braucht noch nicht einmal gleich an das Schlimmste zu denken. Auch wenn endlich einmal Urlaub gemacht oder ein Fortbildungskurs besucht werden soll, bleibt es in den meisten Fällen nur ein schöner Gedanke, eine ersehnte Hoffnung, weil sich niemand findet, der die tägliche Arbeit fortführen würde.

Holland ging mit gutem Beispiel voran

Diesem Mißstand, unter dem weite Kreise unserer Landwirtschaft leiden, soll nun mit dem Einsatz von Betriebshelfern begegnet werden. Betriebshelfer sind gut ausgebildete Landwirte, die nicht nur alle auf einem Hof anfallenden Arbeiten beherrschen, sondern die auch in der Lage sind, einen bäuerlichen Betrieb zu leiten. Der Gedanke des Betriebshelfers kommt aus Holland. Ihn auch in der Bundesrepublik zu verwirklichen, sind gegenwärtig fast alle Bundesländer bestrebt.

Niedersachsen ist eines der ersten Länder, in dem sich auch die Regierung entschlossen hat, dem Gedanken des Betriebshelfereinsatzes mit Tatkraft voranzuhelfen. Sie stellt in diesem Jahre erstmalig besondere Mittel als Zuschüsse zur Verfügung, damit es den Bauern ermöglicht wird, Betriebshelfer einzusetzen.

Genügend Spielraum für Eigeninitiative

Die entsprechenden Richtlinien sind dieser Tage bekanntgegeben worden. Es mag vielleicht ein wenig überrascht haben, daß die Förderungsmittel der Niedersächsischen Landesregierung nicht direkt an die Betriebshelfer gegeben werden, sondern an eingetragene Vereine oder Genossenschaften, zu denen sich die Inhaber bäuerlicher Betriebe zur gemeinsamen Einstellung von Betriebshelfern eigens zusammenschließen müssen.

Es sind im wesentlichen zwei Gründe, warum die Förderung an den Zusammenschlüssen angesetzt wird. Einmal will die Landesregierung, daß der Eigeninitiative der Landwirtschaft genügend Spielraum

bleibt, ihre sozialen Probleme selber zu lösen. Zum anderen soll dem Beruf des Betriebshelfers von vornherein eine solide wirtschaftliche Grundlage gegeben werden.

Diesem letztgenannten Ziel dient auch die Bedingung, die zur Erlangung der staatlichen Förderungsmittel vorschreibt, daß der Verein oder die Genossenschaft den Betriebshelfer g a n z j ä h r i g beschäftigt. Er muß dabei mindestens 200 Arbeitstage als Betriebshelfer in landwirtschaftlichen Betrieben tätig sein, worüber entsprechende Tagebuchaufzeichnungen zu führen sind. Um einen gewissen Anreiz zu bieten, sehen die Richtlinien vor, daß der Betriebshelfer nach mindestens sechsjähriger erfolgreicher Tätigkeit bevorzugt für die Ansetzung als Siedler auf einer Vollerwerbsstelle berücksichtigt werden kann.

Genossenschaften oder Vereine als Träger

Die von der Niedersächsischen Landesregierung gewährter Zuschüsse sind nur als Starthilfe gedacht und degressiv angesetzt. Im ersten Jahr der Tätigkeit des Betriebshelfers werden dem Verein oder der Genossenschaft 4 000 DM gewährt, im zweiten Jahr 2 400 DM. Nach dem vierten Jahr werden keine Förderungsmittel mehr gegeben. Der Zuschuß wird grundsätzlich am Ende des Arbeitsjahres ausgezahlt. Dem Verein oder der Genossenschaft können jedoch bereits vorher monatliche Vorschüsse in Höhe von je einem Zwölftel des Zuschußbetrages gewährt werden.

Sicherung des bäuerlichen Berufs

Die Niedersächsische Landesregierung geht mit dieser Förderung gleich noch einen Schritt weiter. Zuschüsse können auch Zusammenschlüssen von Melkern gewährt werden, wenn diese der gegenseitigen Vertretung der Melker untereinander dienen und wenn sie als Vereine oder Genossenschaft eingetragen sind.

Die Niedersächsische Landesregierung hofft, mit diesen Maßnahmen einen weiteren Beitrag geleistet zu haben, damit dem bäuerlichen Beruf die Zukunft gesichert wird. Es ist ihr ständiges Bestreben, mit Hilfe der ihr zur Verfügung stehenden Mittel die Landwirtschaft so mitzugestalten, daß es sich in diesem wichtigen Bereich der Volkswirtschaft sobald wie möglich ebenso gut arbeiten und leben läßt wie in anderen.

Tuberkulose muß weiter bekämpft werden

Mehr Vorbeugung notwendig

Lk. - Die Tuberkulose ist in Deutschland noch längst nicht besiegt. Es besteht aller Grund, die Reihenuntersuchungen zu verbessern, die Beratungsstellen auszubauen und mehr Sanatorien einzurichten. In der Bundesrepublik wurden im Jahre 1962 auf 100 000 Einwohner noch immer 104,3 Tuberkulose-Fälle registriert. Über 57 000 Menschen erkrankten neu an TBC. Dabei ist der Stand der Tuberkuloseerkrankungen in der Bundesrepublik, die sonst als Wunderland gilt, noch recht ungünstig. Die Tuberkulose-Sterblichkeit ist in den Niederlanden, Dänemark, Norwegen und England weit geringer. Hier brauchen viel weniger Menschen an der gefährlicher Krankheit zu sterben. In Deutschland wurden 1962 noch rund 2 500 Menschen durch die TBC dahingerafft. - Zweifellos sind auch in Westdeutschland in der TBC-Bekämpfung enorme Fortschritte gemacht worden. Man kennt die neuartigen Verfahren, um Lungenabschnitte richtigzustellen oder um bessere Mittel in der Chemotherapie anzuwenden. So war es möglich, den Tuberkulose-Tod hinabzudrücken. Aber dennoch sollte zu denken geben, daß 1959 durch die Arbeiter-Rentenversicherung über 10 000 der 125 000 Frühinvalidisierungen wegen Tuberkulose erfolgt sind.

Den wesentlichen Anteil am Zurückgang der Erkrankungen dürften wohl die steigenden Zahlen der Fürsorgestellen haben. Während es 1905 nur 42 gab, waren es 1919 bereits 2 000. 1926 wurden bereits 3 000 damals recht modern arbeitende Fürsorgeberatungsstellen gezählt. Das Netz müßte vergrößert, aber vor allem das Vertrauen zu den Beratungsstellen gefestigt werden. Die Tuberkulose gilt noch heute als "Arme-Leute-Krankheit" und noch immer ist es nicht gelungen, ihr diesen bösen Ruf zu nehmen. Für die Aufklärung der Öffentlichkeit gilt es noch manches zu tun.

+ + +

Würdigung eines großen Staatsmannes

Preis für beste Arbeit über Stresemann

sp - Vor einigen Jahren wurde in Mainz eine Stresemann-Gesellschaft gegründet, die sich zum Ziel gesetzt hatte, eine Gedächtnisstätte für den großen deutschen Staatsmann der Weimarer Republik zu schaffen und die Erinnerung an die Bedeutung seines Werkes für Deutschland und Europa wach zu halten. Mainz wurde gewählt, weil die Nationalsozialisten das große, dort im Jahre 1930 errichtete Stresemann-Denkmal zerstört hatten. Die Gedächtnisstätte ist errichtet worden; sie befindet sich in einer würdig ausgestatteten Halle der Rheinland-pfälzischen Staatskanzlei am Rheinküfer. Im vergangenen Jahr haben ca. 35000 Besucher aus aller Welt das Ehrenmal aufgesucht. Jeder von ihnen erhält eine Broschüre, in der die weit in die Zukunft weisenden Ziele des deutschen Staatsmannes dargestellt werden. Jetzt hat das Kuratorium der Gesellschaft beschlossen, einen jährlich zu vergebenden Preis für die beste historische oder literarische Arbeit über das Werk Stresemanns zu stiften. Ausserdem soll die Kultusministerkonferenz ersucht werden, ihren Einfluß bei der Gestaltung der deutschen Geschichtsbücher für die Schulen dahin geltend zu machen, daß der Bedeutung Stresemanns mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird als bisher. Die Stresemann-Gesellschaft ist eine überparteiliche Organisation; ihrem Präsidium gehören u.a. die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien an.

+ + +

Atomwissenschaftler am Werk

Der erste atomgetriebene Massengutfrachter im Bau

Der atomgetriebene Massengutfrachter, der sich seit September letzten Jahres bei den bundeseigenen Kieler Howaldtswerken im Bau befindet, rückt immer mehr in das Interesse der internationalen Atomwissenschaftler. Das Schiff soll nunmehr von Experten aus aller Welt besichtigt werden, die auf einer internationalen Reaktortagung weilen, die vom 27. bis 30. Mai in Kiel stattfindet, und unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung, Lenz, steht.

Ferner wird es bereits Mitte Mai zu einem Erfahrungsaustausch zwischen den Atomingenieuren kommen, die an Bord des ersten atomgetriebenen Handelsschiffs der Welt der "Savannah" Dienst tun und den Ingenieuren, welche für den Bau der Kieler Werft verantwortlich sind. Zu dieser Zeit wird die "Savannah" in Hamburg an der Überseebrücke festmachen. In die Reaktortagung und den Erfahrungsaustausch werden die Gesellschaft für Kernenergie in Hamburg und das Atomforschungsinstitut der Kieler Universität eingeschaltet. Beide betreiben den Versuchsreaktor für atomare Schiffsantriebe am Elb-Hochufer bei Geesthacht, der jetzt mit voller Energieabgabe arbeitet.

Der in Kiel im Bau befindliche 15 000 Tonnen tragende Massengutfrachter - Stapellauf am 13. Juni - wird das erste atomgetriebene Schiff in der Welt sein, das praktisch mit den konventionell angetriebenen Handelsschiffen konkurrieren kann. Der Atomberater der schleswig-holsteinischen Landesregierung Professor Kliefoth hat jetzt errechnet, daß sich die Kosten für eine Wellen-PS-Stunde bei dem neuen Atomfrachter auf zwei Pfennige belaufen werden. Demgegenüber kostet die Wellen-PS-Stunde eines modernen Frachters mit konventionellem Antrieb zur Zeit zwischen 1,5 und zwei Pfennigen.

Bei dieser Kalkulation wird von den relativ niedrigen Baukosten für den Kieler Atomfrachter ausgegangen. Das Schiff wird einschließlich des Reaktors und der aus den Vereinigten Staaten zu beziehenden Uranbrennstäbe 52,8 Millionen DM kosten. Für den Reaktor selbst sind 27,5 Millionen DM vorgesehen. Es wird sich um den neuartigen, höchst strahlungssicheren und sehr rentablen "fortschrittlichen Druckwasserreaktor" handeln.

Die Werft in Kiel hat inzwischen auch einen Terminkalender für das Schiff herausgegeben. Danach wird der Kieler Atomfrachter Anfang 1968 seine ersten Fahrten mit den normalen Bedingungen unternehmen, die ein Massengutfrachter in der Handelsschiffahrt erfüllen muß. Der Atomfrachter soll dann im nordnorwegischen Erzverladehafen Narvik Eisenerz übernehmen und nach Emden transportieren. Man glaubt bis dahin die Bedenken der norwegischen Behörden gegen das mit Atomenergie arbeitende Schiff ausgeräumt zu haben. Der fortschrittliche Druckwasserreaktor wird durch eine dreifache Sicherheitsglocke absolut strahlungssicher abgeschirmt. Außerdem wird der Reaktor durch Verstrebungen so abgesichert, daß im Falle eines Frontalzusammenstoßes das andere Schiff niemals bis zum Reaktorbecken vordringen könnte.